

# GRENZERFAHRUNGEN

## Wie Europa gegen Schutzsuchende aufrüstet

### **PRO ASYL, EAK und pax christi fordern: Flüchtlinge schützen, Abschottung und Aufrüstung an den EU-Außengrenzen stoppen!**

Mit dem Kooperationsprojekt »GRENZERFAHRUNGEN. Wie Europa gegen Schutzsuchende aufrüstet« zeigen PRO ASYL, die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK), und die katholische Friedensbewegung pax christi die Funktionsweise der Politik der Abschottung und Aufrüstung an den EU-Außengrenzen, ihre brutalen Folgen für Schutzsuchende und die Profiteure des Grenzgeschäfts auf. An den EU-Außengrenzen werden Schutzsuchende täglich entrechtet und oft mit Gewalt daran gehindert, diese zu erreichen. Damit hat sich eine Politik normalisiert, die gekennzeichnet ist von der Missachtung des Völkerrechts und Verstößen gegen die Genfer Flüchtlingskonvention. Die Organisationen fordern den sofortigen Stopp dieser brutalen und illegalen Praxis an den EU-Außengrenzen und einen Paradigmenwechsel in der Asyl- und Migrationspolitik der Europäischen Union.

Die Zusammenarbeit mit Diktaturen und autokratischen Regimes zur Flucht und Migrationsverhinderung, die Militarisierung der Außengrenzen mittels enormer Investitionen in Überwachungs- und Befestigungssysteme, der tausendfache Tod vor Europas Grenzen, Elendslager wie der berüchtigte Hotspot Moria auf Lesbos, Planungen zur massenhaften Inhaftierung Asylsuchender – all dies ist europäische Realpolitik. Jedoch: Ein Europa, das den Schwächsten ihre Rechte nimmt, das sie illegal und gewalttätig zurückschiebt und das kriegführende Staaten mit Waffen versorgt, kann nicht Teil der Lösung sein, sondern ist selbst Teil des Problems. Aber es geht bei dieser Frage nicht nur um Flüchtlingsrechte. Es geht auch darum, welche Gesellschaft wir überhaupt wollen – für uns und für andere. Soll es eine Gesellschaft sein, die auf Ausgrenzung, Abschottung und autoritäre Strukturen setzt – oder soll es eine weltoffene, demokratische und humane Gesellschaft sein.

Die Europäische Union kann und darf sich ihrer menschen- und völkerrechtlichen Verpflichtung nicht entziehen. Sie baut darauf auf, dass sich Bürgerinnen und Bürger ebenso wie geflüchtete Menschen sich auf unveräußerliche Rechte berufen können.

## **PRO ASYL, EAK und pax christi fordern deshalb gemeinsam und appellieren**

an die künftige Bundesregierung und den Deutschen Bundestag, sich für folgende Maßnahmen einzusetzen. Sie müssen ein zentrales Ziel jeder künftigen Bundesregierung sein und im Koalitionsvertrag festgelegt werden:

**1.** Der Zugang zum Recht auf Asyl muss an den EU-Grenzen gewährleistet sein. Push-backs sind illegal und unverzüglich zu beenden. Die Grenzagentur Frontex darf nicht an diesen Menschenrechtsverletzungen mitwirken – weder mit eigenen Einsatzkräften noch durch die Lieferung von Daten.

Schutzsuchende dürfen nicht entrechtet und in Lagern isoliert oder gar inhaftiert werden. Hotspots und Transitzentren an den Außengrenzen der EU sind Orte der Inhumanität und Rechtlosigkeit, sie müssen geschlossen werden. Inhaftierungen an der Grenze und Grenzverfahren, wie sie der New Pact on Migration der EU-Kommission vorsieht, lehnen wir ab. Sie verhindern den Zugang zu einem fairen Asylverfahren. Statt Isolierung brauchen die Menschen eine menschenwürdigen Aufnahme und Zugang zu fairen Asylverfahren in der EU.

**2.** Es dürfen keine Abkommen mit Staaten außerhalb der EU – wie zum Beispiel der Türkei – geschlossen werden, um Geflüchtete dort festzusetzen oder von der EU aus dorthin zurückzuschieben. In der Türkei gilt die Genfer Flüchtlingskonvention nicht für Schutzsuchende aus Syrien, Afghanistan oder dem Irak, viele werden willkürlich inhaftiert und zurückgewiesen. Die Türkei verletzt die Menschenrechte und ist kein sicherer Drittstaat für Schutzsuchende

**3.** Das Sterben auf dem Meer muss beendet werden. Das Zurückschleppen in die Folterzentren Libyens muss beendet werden. Über 20.000 Bootsflüchtlinge starben seit 2014 im Mittelmeer. Um dieses Massensterben zu beenden, muss endlich auf europäischer Ebene eine staatlich organisierte Seenotrettung geschaffen werden. Gerettete Menschen müssen in einen sicheren Hafen in Europa gebracht werden. Neben der Lebensrettung im Mittelmeer müssen legale und gefahrenfreie Wege nach Europa eröffnet werden

Die Aufrüstung, Ausbildung und Kooperation mit der libyschen Küstenwache, die seit Jahren schwerste Menschenrechtsverletzungen begeht, muss eingestellt werden. In Libyen festsitzende Geflüchtete müssen umgehend evakuiert und in der EU in Sicherheit gebracht werden.

>

**4.** Deutsche Waffenlieferungen an kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten müssen gestoppt werden. Dazu zählt neben Ländern wie Saudi-Arabien auch die Türkei. In Nordsyrien setzt die türkische Regierung unter anderem deutsche Panzer gegen Kurd\*innen ein. Bei den Ausfuhren von deutschen Kriegswaffen nahm die Türkei 2018 und 2019 mit einem Exportvolumen von 243 bzw. 345 Millionen Euro jeweils den Spitzenplatz ein. Deutschland braucht ein Rüstungsexportkontrollgesetz, das die Waffenexporte massiv einschränkt und die Entscheidungen der Bundesregierung juristisch überprüfbar macht.

Menschenrechte gelten für alle – sie sind nicht verhandelbar. Ein Europa, das den Schwächsten ihre Rechte nimmt, das sie völkerrechtswidrig und gewalttätig zurückschiebt und das kriegführende Staaten mit Waffen versorgt, kann nicht Teil der Lösung sein, sondern ist selbst Teil des Problems.

**Ein »weiter so« darf es nicht geben.**